



**Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e.V.
am 22. November 2007, NOVOTEL Gera
Rede des Präsidenten**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich meine weiteren Ausführungen mit einem Dank beginnen.

Es ist der Dank für Ihr Interesse am Handwerk, es ist der Dank für Ihr Kommen.

Wir haben uns neben unserer gesetzlich verbrieften Organisation im Thüringer Handwerkstag zusammengeschlossen, um damit mehr für unsere Handwerksbetriebe zu tun, um die Aufmerksamkeit auf unsere Arbeit zu lenken.

So ist auch heute hier unsere öffentliche Veranstaltung zu verstehen. Und so darf ich gleich zu Beginn eine Hoffnung aussprechen, nämlich die, dass unser Wort gehört wird, nicht nur hier im Raum, sondern in unserem Land Thüringen und darüber hinaus.

Der Thüringer Handwerkstag versteht sich als die Interessenvertretung des Handwerks im Freistaat. Er ist im Freistaat fest etabliert und für Politik und öffentliche Einrichtungen ein wichtiger Ansprechpartner in allen Fragen der Handwerks- und Mittelstandspolitik.

Wenn wir heute zurückblicken auf 15 Jahre Thüringer Handwerkstag, können wir mit Fug und Recht für uns in Anspruch nehmen, dass durch unsere Lobbyarbeit in den letzten Jahren viele unserer Forderungen wirtschaftspolitisch umgesetzt wurden. Beispielhaft sind die Vereinbarungen zwischen der Landesregierung und dem Thüringer Handwerkstag sowie die umfangreiche Mittelstandsförderung zu nennen.

Zu unserem Selbstverständnis gehört es, eigene Positionen zu beziehen und klare Aussagen zu treffen. Bei Fehlentscheidungen oder gar Benachteiligungen können wir auch gelegentlich sehr Streitbar sein. Damit man mich nicht falsch versteht, wir wollen keinen Streit mit der Politik. Vielmehr wollen wir im Dialog mit den Verantwortlichen auf die Situation im Handwerk aufmerksam machen. Der heutige Handwerkstag ist die handwerkspolitische Plattform, um die gegenwärtige Lage des Handwerks darzulegen. Dazu ist es notwendig, die Außenbedingungen, seien sie durch Land, Bund oder Europa beeinflusst, genauer anzustrahlen.

Wo stehen wir im Herbst 2007?

Wenn man sich die Konjunkturlage ansieht, und insbesondere die Medien verfolgt, so scheint es, dass sich zur Zeit alle in einem Konjunkturrausch befinden. Man fragt sich selbst: klaffen Berichterstattung und Realität auseinander? Oder nur die Entwicklung zwischen Industrie und Handwerk?

Ich glaube, man muss sich sehr genau die derzeitige wirtschaftliche Lage ansehen. Die volkswirtschaftlichen Zahlen Deutschlands belegen, dass wir in diesem Jahr auf ein Wirtschaftswachstum von rund 2,9 % kommen. Dies ist leicht weniger als zum Anfang des Jahres prognostiziert. Und die Voraussagen für 2008 sind ebenfalls von den Wirtschaftsinstituten und Banken vor Kurzem von 2,5 % auf 2,3 % zurückgenommen worden.

Für Thüringen weist das Wirtschaftsministerium für 2007 ein Wachstum von 2,7 % und für die gewerbliche Wirtschaft einen Anstieg von 9,5 % aus. Die Zufriedenheit über diese Entwicklung ist im Wirtschaftsministerium sehr groß. Insbesondere freut man sich über die deutlich zurückgegangene Arbeitslosenquote, auf mittlerweile rund 12,1 %. Wir im Handwerk freuen uns über diese Zahlen und Entwicklungen selbstverständlich auch. Wir sehen aber unsere eigene Entwicklung im Handwerk doch deutlich differenzierter, denn wir sprechen in der Mehrheit von Binnennachfrage.

Im Frühjahr des Jahres 2007 waren meine Voraussagen vor dem Hintergrund eines guten Jahres 2006 sehr zuversichtlich. Jedoch zeichnete sich spätestens ab dem Sommer eine Entwicklung im Handwerk ab, die nicht parallel mit der Entwicklung der Industrie läuft. Im Ergebnis wird das Jahr 2007 sicherlich besser als 2006 oder vor allem 2005 sein, aber es wird auf keinen Fall so gut sein, wie wir es Anfang des Jahres erwartet haben. Die negativen Effekte der MwSt-Erhöhung, die Krankenkassen- und die Rentenbeitragserhöhung sowie der Energiepreisentwicklung, belasten die private Binnennachfrage und beeinträchtigen damit auch die wirtschaftliche Dynamik des am Binnenmarkt operierenden Handwerks.

Die uns aktuell vorliegende Konjunkturumfrage im Thüringer Handwerk zeigt insgesamt ein erfreuliches, aber ebenfalls ein differenziertes Bild. Danach haben die Gewerke Metall, Elektro und auch der Bau eine grundsätzlich gute Entwicklung.

Während andere Gewerke wie das Kfz-Handwerk, die Gesundheitshandwerke oder die personenbezogenen Dienstleister weiterhin schwer zu kämpfen haben.

Für 2008 müssen wir leider davon ausgehen, wenn schon die volkswirtschaftliche Entwicklung insgesamt rückläufig ist, dass auch das Handwerk mit rückläufigen Entwicklungen zu rechnen hat. Das Handwerk erwartet deshalb von der Bundesregierung Anstrengungen für eine Stärkung der Binnennachfrage, um die Wachstumspause rasch überwinden zu können. Im Bund sind bis heute vielerlei Gesetze zur Belebung der Wirtschaft verabschiedet worden. Es kommt einem jedoch vor, dass diese Gesetze nicht zwingend zur Belebung des Handwerks beschlossen worden sind. Die Handwerksorganisation hat daher für die zweite Hälfte der Legislaturperiode der Bundesregierung einen konkreten Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Lassen Sie mich beispielhaft einige Brennpunkte aufzeigen.

Bei der Unternehmenssteuerreform profitiert sicherlich auch das Handwerk. Jedoch bleibt die Ausgestaltung einzelner Instrumente weit hinter den Erwartungen zurück. Während Kapitalgesellschaften durch die hohe Senkung des Körperschaftssteuersatzes profitieren, bleibt für die Einzelbetriebe, also die überwiegende Zahl der Handwerksbetriebe, wenig übrig. Die Kapitalgesellschaften sind wieder mal bevorteilt.

Wohlwissend, dass das Gesetz steht, vergessen wir aber nicht, die Parteien vor den Wahlen in 2009 darauf hinzuweisen, in ihr Wahlprogramm eine Einkommenssteuerreformnovelle mit aufzunehmen, die insbesondere kleinere und mittlere Einkommen schont. Dazu werden Korrekturen im Bereich der degressiven Abschreibung oder bei der Gewerbesteuer aus der neuen Reform notwendig sein.

Sorgen machen uns auch die Überlegungen zur anstehenden Reform der Erbschaftssteuer. Wir sind immer eingetreten für ein einfaches und transparentes Bewertungsverfahren sowie für einen Freibetrag für Betriebsvermögen in einer Höhe, die ausreicht, um klassische Handwerksbetriebe vor dem Zugriff der Erbschaftssteuer zu schonen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgeschlagene Konzept eines „modifizierten Abschmelzmodells“ zur steuerlichen Entlastung von Betriebsübergaben. Obwohl wir uns im Thüringer Handwerkstag für ein 10-jähriges Abschmelzen der Erbschaftssteuerschuld bei Betriebsfortführung eingesetzt haben, unterstützen wir das modifizierte Abschmelzmodell, wonach 70 % des gesamten Betriebsvermögens nicht mit der Erbschaftssteuer belastet wird, wenn der Betrieb sieben Jahre fortgeführt und die Lohnsumme nicht unter 70 % der durchschnittlichen Lohnsumme aus den fünf Jahren vor dem Erbfall sinkt. Positiv ist, dass eine Abgrenzung zwischen begünstigtem und nicht begünstigtem Betriebsvermögen entfällt. Das senkt den bürokratischen Aufwand für uns alle. Hervorzuheben ist auch, dass die persönlichen Freibeträge für Ehegatten und Kinder auf 500.000 € angehoben werden.

Unabhängig von Freigrenzen oder Steuersätzen, die Erbschaftssteuerreform muss mittelstandsfreundlich und praktikabel sein. Es handelt sich nämlich dabei auch um eine höchstpsychologische Fragestellung: Wird durch die Erbschaftssteuerreform die deutsche Unternehmenskultur gestärkt oder geschwächt?

Des Weiteren fordern wir den Abbau des Solidaritätszuschlages von derzeit 5,5 % auf 2,5 %. Dies lässt sich ohne weiteres rechtfertigen, wenn man sich die derzeit sprudelnden Steuerquellen anschaut und eine nachhaltige Stärkung des Konsums erreichen will. Ebenso bedarf es zwingend eines Ausgleiches für das Handwerk in Folge der Mehrwertsteuererhöhung auf 19 %. Die negativen Auswirkungen sind in der privaten Nachfrage deutlich zu spüren.

Daher sollte der Steuerbonus für Handwerkerleistungen oder Abzugsbeträge für haushaltsnahe Dienstleistungen zusammengefasst und von derzeit 20 % von max. 3.000 € auf 25 % von max. 12.000 € erhöht werden. Wir sind sogar der Überzeugung, dass mit diesem Instrument die Schwarzarbeit bekämpft wird und damit ein erheblicher Selbstfinanzierungseffekt eintritt.

Wir wissen, dass beide Volksparteien gerne darauf verweisen, dass in einer großen Koalition keine klaren Konzepte umgesetzt werden können. Dies scheint insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme zu gelten. Es ist jedoch unabwendbar, dass die Pflegeversicherung von der umlagefinanzierten zu einer kapitalgedeckten Versicherung umgestaltet werden muss.

Ebenso benötigen wir bei Unfallversicherungen eine Ausgliederung nicht betriebsbedingter Wegeunfälle, um die Lasten der Betriebe weiter zu senken. Denn nach wie vor finanzieren wir beispielsweise Sportunfälle oder Schwarzarbeit mit.

Beängstigend ist die Entwicklung in der Gesundheitspolitik. Die beschlossene Reform ist weder Fisch noch Fleisch, viel mehr eine Symbiose von Pest und Cholera. Wir brauchen eine modern entwickelte Gesundheitsvorsorge, jedoch darf der Faktor Arbeit nicht in unzulässiger Weise verteuert werden.

Dies führt zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit sowohl national als auch international.

Bei der Arbeitsmarktpolitik sehen wir auf Grund der bisher hervorragenden Entwicklung des Beitragsaufkommens für die Bundesagentur für Arbeit ausreichend Spielraum zur Senkung des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung. Hier sollte man bei 3,3 % nicht Schluss machen. Und ob die in der letzten Woche beschlossene Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere uns den richtigen Weg weist, sind wir äußerst skeptisch.

Ebenso sollte der arbeitsmarktpolitische Instrumentenkasten mit unterschiedlichen Lohnkostenzuschüssen, Infrastrukturmaßnahmen, 1-Euro-Jobs oder anderen Maßnahmen entrümpelt werden. Der beste Arbeitsmarkt ist und bleibt der erste.

Wenn heute sogar von einem 3. Arbeitsmarkt die Rede ist, dann zeugt allein dieser Begriff von hoher wirtschaftlicher Inkompetenz! Man scheint aus den wirtschaftlichen Fehlern der 90er Jahre, hier sei nur ABM oder SAM genannt, nichts gelernt zu haben.

Und nochmals deutlich gesagt. Dieses „verbrannte“ Geld ist nicht das Geld des Staates oder der Arbeitsagentur. Es ist das Geld der Versicherten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Und lassen Sie mich an dieser Stelle einen Ausspruch von Margaret Thatcher, der ehemaligen britischen Premierministerin zitieren, die in solchen Momenten kurz und knapp zu sagen pflegte: „Ich will mein Geld zurück.“

Ich habe lange überlegt, ob ich zur aufflammenden Diskussion „Mindestlohn“ etwas sagen soll.

Die Befürworter argumentieren sicherlich aus einem sozialen Verständnis heraus. Die Gegner sehen die Gefahren bei der Sockelarbeitslosigkeit und anderem mehr. Es betrifft ja auch unsere Branchen im Friseur- und Gebäudereinigerhandwerk.

Auch wir sind natürlich gegen Ausbeuterei. Andererseits müssen die Löhne bezahlbar bleiben. Wirft das Geschäft nicht genügend Geld ab, sind Entlassungen die logische Konsequenz. Das Unsozialste ist es, von einem Unternehmer zu verlangen, einen Betrieb zu führen, der kein Geld verdient. Man muss Geld verdienen, um seinen Mitarbeitern auch die soziale Sicherheit bieten zu können.

Vergleicht man die Arbeitsleistungen mit der Gewinnsituation vieler Handwerksbetriebe, beziehungsweise Handwerksmeister in unserem Lande, kommt man sehr schnell zu dem Schluss: wer Mindestlöhne will, muss auch Mindestgewinne für die Handwerksbetriebe sicherstellen.

Wir werden andere Lösungen finden müssen, um den Missbrauch bei den Arbeitnehmern zu beheben. Das gilt natürlich in vergleichbarer Weise auch für die Schwarzarbeit.

Das Handwerk begrüßt ausdrücklich die Energie- und Klimainitiative der Bundesregierung. Dazu gehört auch die vorgesehene Verlängerung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms. Das Handwerk erwartet eine Aufstockung der Mittel für die energetische Gebäudesanierung auch bei gewerblichen und öffentlichen Gebäuden. Ebenso sollten die Modernisierungsaufwendungen für energiesparende Investitionen im Gebäudebestand von derzeit 15 % auf künftig 30 % der Anschaffungskosten aufgestockt und der Begrenzungszeitraum von drei auf zwei Jahre zurückgeführt werden. Auch sollten die zum geprüften „Energieberater“ fortgebildeten Handwerker für die Beratungsprogramme zur Erhöhung der Energieeffizienz zugelassen werden. Das Handwerk ist der Kompetenzträger in Sachen Energieeffizienz, ist Vermittler zwischen Industrie und Verbraucher. Das sollte man sich zu Nutze machen.

Meine Damen und Herren,

man muss wissen, dass 75 % aller deutschen Gesetze auf Brüsseler Vorgaben beruhen.

Wie wichtig dabei die Lobbyarbeit für die KMU ist, davon konnten wir uns unlängst bei einem Arbeitsbesuch der Repräsentanten des Thüringer Handwerks in Brüssel überzeugen. Das Büro des ZDH's in Brüssel leistet dabei einen hervorragenden Beitrag für das deutsche Handwerk.

Wie fern allerdings unsere Thüringer Europa-Abgeordneten von der Realität in Thüringen sind, mussten wir auch zur Kenntnis nehmen.

Neben der großen Politik aus Berlin und Brüssel, gibt es für uns die noch viel wichtigere Politik im Freistaat. Das Thüringer Handwerk und die Landesregierung sind seit vielen Jahren in guten Kontakten und arbeiten auf vielen Ebenen konstruktiv zusammen.

Zeuge dessen sind die Vereinbarungen, die seit 2000 zwischen den Partnern getroffen worden sind. Es gibt kein anderes Bundesland, welches die gemeinsamen Interessen formuliert und Wege zum gemeinsamen Handeln aufzeigt. Dafür danke ich unserem Ministerpräsidenten, Herrn Althaus. Damit bringen Sie dem Handwerk eine große Wertschätzung entgegen.

Beim Parlamentarischen Abend im März diesen Jahres haben wir eine Halbzeitbilanz aufgestellt, die im wesentlichen drei Themenkreise hat. Und zwar Bildung, die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen und die Selbstverwaltung. Diese drei Säulen richtig gestärkt und unterstützt, aber auf keinen Fall vernachlässigt, fördert das Handwerk. Eine wichtige Wirtschaftskraft in unserem Lande hinter der sehr viele Betriebe, Mitarbeiter und Familien stehen.

Denn im Gegensatz zur Industrie mit ihren Schwerpunkten, auf neudeutsch Cluster, sind wir im Handwerk gleichmäßig im Lande verteilt, egal ob strukturschwach oder stark, ob Land oder Stadt. Damit sind wir nicht nur wirtschaftlich bedeutend, sondern nehmen auch vielfältige gesellschaftliche Aufgaben, gerade im ländlichen Raum wahr.

Wenn ich jetzt als erstes das Thema Bildung aufgreife, dann zeigt es, wie wichtig dieses für unser Wirtschaftsleben ist. Dies ist der Rohstoff der Deutschen.

Aber wie sieht es damit aus? Trübe! Und das in einer 2-Fronten Lage von Demografie und Sekundärtugenden.

Die statistische Zahlenlage ist Ihnen allen bekannt. Bis 2020 hat Thüringen noch 2,1 Millionen Einwohner. Das sind fast 9% weniger als heute. Weniger Menschen bedeutet rein rechnerisch, weniger Umsatz und damit weniger Betriebe. Also wäre alles in der Waage.

Natürlich läuft die Entwicklung nicht so. Die Anforderungen an die Betriebe werden immer differenzierter und steigen. Das technische Niveau erhöht sich ständig. Das bedeutet, dass das Know-how und die Anzahl der Betriebe weiter auf einem hohen Niveau verbleiben muss. Wenn man sich in dieser Lage die persönliche Einstellung, sprich die Sekundärtugenden vieler Jugendlichen bereits vor Berufsbeginn genauer ansieht, so ist dies äußerst beunruhigend.

Steigende Berufsanforderungen stehen im Gegensatz zu stark abfallender Leistungsfähigkeit und vor allen Dingen zur Leistungsbereitschaft. Diese mangelnde Ausbildungsreife gefährdet die Leistungsfähigkeit der Betriebe.

Unsere Antworten auf die Gesamtproblematik sind klar durchdacht. Nach Auffassung des Handwerks ist es notwendig, die Ausbildungsreife drastisch zu erhöhen, um den Bedarf qualifizierter Facharbeiter zu decken.

Ich möchte gar nicht die Handlungsfelder, die wir für eine Reform empfehlen, im Einzelnen vortragen. Unstrittig wird wohl von allen Seiten die Forderung akzeptiert werden, die Berufsorientierung und den Praxisbezug als Regelleistungen in der Schulausbildung zu etablieren, und ein Qualitätsmanagement in den Schulen einzuführen!

Darüber hinaus wollen wir noch einmal die Wichtigkeit der „Dualen Ausbildung“ für das Handwerk und für die Gesellschaft herausheben. Wir halten an der „Dualen Ausbildung“ im Zusammenspiel von qualifizierten Berufsschulen und eine betriebliche Ausbildung im Verbund mit den Berufsbildungszentren in den Kammern fest.

Wir sind für eine Modernisierung der Berufsbilder und gegen beliebige Modularisierung. Die berufsbildorientierte Ausbildung ist ein wesentliches Gütezeichen unseres Ausbildungssystems. Und wir im Handwerk können stolz sein auf die Qualität und Quantität unserer Ausbildungsleistung.

Das wichtigste Ziel muss auch in Zukunft sein, dass Abschlüsse vergleichbar bleiben.

Wir sind auch davon überzeugt, dass man mit einer Lehr- und einer Meisterausbildung gleichfalls Karriere machen kann. Wir stehen dafür ein, dass die Meisterprüfung weiterhin einen hohen Stellenwert hat und damit geschützt werden soll.

Wohlvollend haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Europäische Union nach großem Einfluss des ZDH' den Meistertitel nunmehr als eine Spitzenqualifikation anerkennt. Im europäischen Qualifikationsrahmen werden die Berufsabschlüsse in fünf Stufen eingeteilt und wir sind mit der Stufe drei in einer hervorragenden Eingruppierung. Damit ist der Meisterbegriff höherwertig als der normale Berufsabschluss im Inland und in Europa und entspricht einem Diplom mit kurzem Ausbildungsgang.

Oft wird geklagt, dass wir in Deutschland gegenüber dem Ausland nicht genügend Studenten und damit zu wenig Akademiker haben. Nur ist dies genau betrachtet unverständlich. Die allgemeine Zählweise ist falsch.

Denn bezieht man unsere deutschen Meister mit in die Zählung ein, so haben wir im internationalen Vergleich nicht zu wenig Akademiker, aus denen die Führungs- und Fachelite hervorgeht, sondern nur zu wenige, die als Akademiker bezeichnet werden. Denn es wird wohl keiner die Qualifikations- und Ausbildungsreife eines Handwerksmeisters in Abrede stellen wollen, gerade im Vergleich zu Fachhochschulern. Die erfolgte EU-Anerkennung für die Meisterausbildung gibt uns an dieser Stelle Recht.

Es wäre daher ein großer Denkfehler, die Bildungsausgaben nur für den universitären Bereich trotz sinkender Studentenzahlen auf dem Niveau 2005 zu halten und damit gegebenenfalls auf Kosten anderer, vielleicht im Handwerk, zu sparen. Denn die Investitionen und das Fördern von lebenslangem Lernen im Handwerk ist gut angelegtes Humankapital.

Wenn ich mir dann als nächstes die Exzellenzinitiative der Landesregierung ansehe, so ist von Verbündeten aus Hochschulen, Forschung und Wirtschaft die Rede.

Die erste Frage, die es zu beantworten gilt ist, in wie weit von diesen Programmen auch das Handwerk partizipieren kann.

Wir unternehmen zurzeit große Anstrengungen in den Bereichen Technologie und Erneuerbare Energien, um unsere Kräfte zu bündeln. Das Handwerk ist in diesem Bereich das Relais zwischen Industrie und Verbraucher. Jede technische Umsetzung gerade im bauenergetischen Sektor wird ohne das Handwerk niemals Breitenwirkung erzielen können.

Es ist zwar richtig, dass in Thüringen die Solarindustrie gut entwickelt ist, aber Fabriken können auswandern. Das haben wir schon oft genug erlebt. Die Handwerker mit ihrer Kompetenz im Solar- und Energiebereich bleiben vor Ort. Deshalb gilt immer noch: Auf lange Sicht gesehen, bleibt das Handwerk der verlässliche Partner.

An dieser Stelle sei ergänzt, dass Ansiedlungen wie zum Beispiel N3 in Arnstadt einen großen Erfolg darstellen. Letztendlich kommt jedoch der Beschäftigtenzuwachs vornehmlich aus den Bestandsunternehmen. Allein die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen im Handwerk in 2007 entspricht einer Summe von ca. 2.500 Arbeitnehmern. Das ist 5 mal N3. Nur dies fällt keinem auf und wird daher auch nicht so gewürdigt.

Ausbildungsreife, duale Berufsausbildung und Karriere mit Lehre unterstreichen unsere wesentlichen Leitlinien für das Handwerk im Bildungsbereich. Um diese in praktische Politik und Handeln umzusetzen, schlagen wir einen Bildungspakt vor. Einen Entwurf haben wir Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, am 1. Oktober 2007 zu geleitet. Wir hoffen nun auf zielorientierte Gespräche und eine wirkungsvolle Vereinbarung, wie wir sie in der Vergangenheit an anderer Stelle bereits abgeschlossen haben.

Wir benötigen einen strategischen Fahrplan, einen Bildungspakt für das Handwerk.

Wir wissen, dass dies ein sehr breites Themenfeld ist und selbstverständlich mit der Industrie eine große Schnittstelle besteht, insbesondere an den Punkten vorschulische, schulische oder berufliche Ausbildung. Wir sind daher auch für eine Qualifizierung des Ausbildungspaktes in 2008. Aber es sei noch einmal betont, unsere Überlegungen zum Bildungspakt sind weitreichender. Sie schaffen Klarheit für das Handwerk und damit Vertrauen.

Für die Wirtschaftsentwicklung sind gute Fachkräfte notwendig, um die Betriebsnachfolge zu regeln.

Bei der Förderung kleiner, mittelständischer Unternehmen gewinnt die Unternehmensnachfolge eine immer höhere Brisanz. Von den rund 31.000 Betrieben im Thüringer Handwerk sind rund 10.000 ihrer Betriebsinhaber älter als 50 Jahre.

Damit stehen in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Betriebe zur Übernahme an. Und wie bereits erwähnt, ist vor allem im ländlichen Raum die Gefahr sehr groß, dass der Nachwuchs ausbleibt. Ebenso ist festzustellen, dass die Selbstständigenmentalität im Lande nicht besonders ausgeprägt ist. Viele Kinder haben die schweren Jahre im Handwerk von 1997 bis 2004/2005 ihrer Handwerkseltern miterlebt. Das war sicherlich nicht förderlich und führt nun dazu, dass nur noch 25 – 30 % der Betriebe innerhalb der Familie übergeben werden. In früheren Zeiten waren das bis zu 60 %.

Sicherlich spielen auch Fragen der Finanzierung, der Eigenkapitalausstattung und ähnliches eine weitere wichtige Rolle. Viele der Söhne und Töchter der Handwerksmeister sind nicht mehr bereit, die Familientradition fortzusetzen. Da muss man doch nach den Gründen fragen, weshalb das, was seit Generationen funktioniert hat, nun keine Gültigkeit mehr haben soll.

Die Unternehmensnachfolge ist aus Handwerkersicht dermaßen wichtig, dass wir dieses Themenfeld intensiv angehen wollen.

Wir werden daher im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Forschungsinstituten eine Modellstudie erarbeiten, die die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Unternehmensnachfolge im Handwerk in Thüringen eingehend untersucht.

Ziel ist es, eine saubere Datenlage für das Handwerk und Thüringen zu erarbeiten, um dann Handlungsfelder zu benennen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Ergebnisse der Modellstudie werden dann für andere Bereiche und Regionen duplizierbar sein.

Der Auftakt zu diesem Vorhaben fand in der letzten Woche am 14.11.2007 in Erfurt, zusammen mit dem Staatssekretär aus dem Bundeswirtschaftsministerium statt. Nach einem Jahr soll Zwischenbilanz gezogen werden, dies dann im Beisein des Bundeswirtschaftsministers und hoffentlich auch mit Ihnen, Herr Ministerpräsident.

Aber vielleicht kommen wir im Handwerk mit Ihnen auch noch ins Gespräch, wie Sie uns bei dieser Modellstudie möglicherweise unterstützen können.

Lassen Sie mich zum Schluss auf die Selbstverwaltung zu sprechen kommen.

Die Handwerksorganisation ist eine eigenfinanzierte Selbstverwaltung und übernimmt vielfältige hoheitliche Aufgaben. Gäbe es die Kammern nicht, gäbe es mehr Staat. Diese Eigenständigkeit senkt den staatlichen Einfluss, die Kosten und damit auch die Bürokratie. Dieses Verfahren hat eine lange und gute Tradition.

Diese fortzuführen und weiterzuentwickeln würden wir sehr begrüßen. Daher halten wir es für notwendig, den einheitlichen Ansprechpartner in die Kompetenz der Kammern, d. h. Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern zu übertragen.

Bei den einheitlichen Ansprechpartnern handelt es sich um die Umsetzung einer europäischen Richtlinie. Die EU fordert, dass Existenzgründer bei der Gründung ihres Unternehmens nur einen einzigen Ansprechpartner anlaufen müssen.

Der Ämtermarathon von Gewerbeamt, Finanzamt, Berufsgenossenschaft usw. soll abgeschafft werden. Zur Umsetzung dieser Richtlinie bis 2009 sind vielfältige rechtliche, administrative sowie EDV-Themen zu lösen.

Nach unserer Auffassung verfügen die Kammern bereits heute aufgrund ihrer großen Erfahrung bei der Beratung von Existenzgründern und Jungunternehmern über hinreichende Kompetenzen, um diese Aufgabe wahrzunehmen.

Die Entscheidung, welche Institution letztendlich diese Aufgabe übernehmen soll, trifft jedes Bundesland selbst. Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern präferieren natürlich eine Kammerlösung und wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung als Vorstufe ein Beratungsnetzwerk ins Leben gerufen hat. Mit diesem kann der personaltechnische und rechtliche Aufbau ermöglicht werden.

Das Handwerk erachtet den dann noch entstehenden finanziellen Aufwand für das Land als nicht so bedeutsam, wenn man überlegt, mit welchem Aufwand die Thüringer Landesregierung zurzeit neue Leistungen in landeseigene Gesellschaften etabliert.

Wir unterstreichen nochmals die Notwendigkeit, dass die Landesregierung sich in der Bund-Länder-Konferenz für ein kammergeführtes Modell einsetzt und dieses in Thüringen beschließt.

Dies wäre ein Akt der Dezentralisierung und Stärkung der Selbstverwaltung. In Rheinland-Pfalz hat die dortige Landesregierung sogar den Kammern das Recht übertragen, Gewerbebeanmeldungen abschließend zu bearbeiten.

Das Beratungsnetzwerk war ein erster guter Schritt, dem ein zweiter nun folgen muss.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

lassen Sie uns die verbleibende Zeit nutzen. Sie ist kurz, eigentlich nur noch bis zum Sommer nächsten Jahres. Dann beginnen die Wahlkämpfe im Land, im Bund und in Europa. Nach diesen Regierungsbildungen schreiben wir bereits 2010 und sind damit schon im nächsten Jahrzehnt angekommen.

Wir im Handwerk wollen der Politik intensiv zuschauen, was in den bis dahin verbleibenden zwei Jahren passiert und uns sehr genau die jeweiligen Wahlprogramme ansehen.

Das Handwerk wird sowohl in Berlin als auch in Erfurt in intensiven Gesprächen mit den zuständigen Personen und Institutionen diese Zeit begleiten. Dazu werden wir – wie auch in der Vergangenheit – den Meinungsbildungsprozess der Abgeordneten in den Landes- und Bundesparlamenten intensiv voranbringen.

Wir wünschen uns gute, für das Handwerk nützliche Entscheidungen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte nun unseren Ministerpräsidenten, Herrn Althaus um seinen Vortrag.

Vielen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Redebeginn